

Info „Übergänge im Jugendalter“

Frank Braun/Birgit Reißig:

Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Eine erste Zwischenbilanz einer Förderinitiative des BMBF*

2006 hatte eine Arbeitsgruppe des „Innovationskreises berufliche Bildung“ empfohlen, durch eine bessere Abstimmung von Angeboten und Politiken und eine engere Kooperation zwischen bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene den Übergang Jugendlicher von der Schule in Ausbildung zu verbessern. Zur Umsetzung dieser Empfehlung hat das BMBF 2008 das Programm *Perspektive Berufsabschluss mit den Förderinitiativen Regionales Übergangsmanagement und Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung* gestartet. 27 Standorte der Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* werden vom DJI im Auftrag des BMBF wissenschaftlich begleitet. Zur Halbzeit zog das DJI eine Zwischenbilanz.

Große Unterschiede in den Ausgangsbedingungen

Regionales Übergangsmanagement will durch eine bessere Koordination und Kooperation zwischen den, für die Ausgestaltung des Übergangssystems Verantwortlichen dieses System so verbessern, dass Übergänge gelingen und Ausbildungslosigkeit vermieden wird. Als Übergangssystem wird hier die Gesamtheit von Strukturen, Programmen, Projekten und Angeboten bezeichnet, durch die der Übergang von der Schule in Ausbildung gestaltet – befördert, aber möglicherweise auch behindert – wird.

Vertreten in der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* sind Standorte mit sehr unterschiedlichen Strukturmerkmalen:

zwei Stadtstaaten, prosperierende Großstädte aber auch Großstädte mit schwieriger Wirtschaftsentwicklung, wirtschaftlich starke aber auch wirtschaftlich eher schwache Landkreise, kreisabhängige Städte in West- und Ostdeutschland.

Zwischen den Vorhaben der *Förderinitiative* gab es bei deren Start deutliche Unterschiede in den Vorerfahrungen und Vorarbeiten. Einzelne Standorte hatten im Rahmen von Landesprogrammen oder in der von der *Freudenberg Stiftung* angestoßenen *Weinheimer Initiative* bereits mehrere Jahre am Aufbau ihres regionalen Übergangsmanagements arbeiten können. An anderen Standorten waren aber auch nur erste Schritte eingeleitet worden.

* Die empirische Basis für diesen Beitrag bilden seit 2008 jährlich an allen Standorten der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* durchgeführte Fallstudien, für die Interviews mit den Leiterinnen und Leitern der Vorhaben und anderen Akteuren im Übergangssystem (Jugendämter, Kammern, Arbeitsagentur, Träger der Grundsicherung, Schulaufsicht, Integrationsbeauftragte usw.) geführt wurden. Die Fallstudien richten einen umfassenden Blick auf den Aufbau des Übergangsmanagements im regionalen Kontext und erfassen auch Entwicklungen, die außerhalb des regionalen Übergangsmanagements ablaufen, dieses befördern aber gegebenenfalls auch behindern.

Der ausführliche Bericht kann kostenlos mit dem beigefügten Bestellzettel angefordert werden:

Frank Braun/Birgit Reißig (Hrsg.):

Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren.

Regionales Übergangsmanagement 3. München/Halle: DJI 2011, 83 S.

Die 27 Standorte in der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* setzten sich schwerpunktmäßig mit den folgenden Anforderungen auseinander:

- Sie entwickelten Strukturen und Prozesse einer akteursübergreifenden Koordination und Kooperation.
- Sie klärten, welcher Handlungsbedarf in der Region sich aus den Übergangsverläufen Jugendlicher zwischen Schule und Ausbildung ergibt, und entwickelten Verfahren, Übergangsmanagement systematisch durch Daten über Übergangsverläufe zu unterfüttern.
- Sie schafften Transparenz über lokale Angebotsstrukturen.
- Sie starteten Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstrukturen des Übergangssystems.

Entwicklung von Strukturen und Prozessen des regionalen Übergangsmanagements

18 Standorte der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* sind kreisfreie Städte oder Landkreise. Bei diesem räumlichen Zuschnitt bot das Vorhandensein von Verwaltungs- (kommunale Dezernate und Ämter) und politischen Strukturen (Gemeinderäte, Kreistage) eine gute Grundlage für die Koordination und Kooperation zwischen den für das Übergangssystem verantwortlichen Akteuren.

Vier Standorte sind kreisabhängige Städte. In zwei dieser vier Städte gab es bereits ein langjähriges kommunales Engagement für das Übergangsmanagement und damit überdurchschnittlich gute Ausgangslagen für die Fortentwicklung von Strukturen und Prozessen. Diese Standorte haben im Rahmen der *Förderinitiative* insbesondere auch die Kooperation mit ihren Landkreisen verbessert.

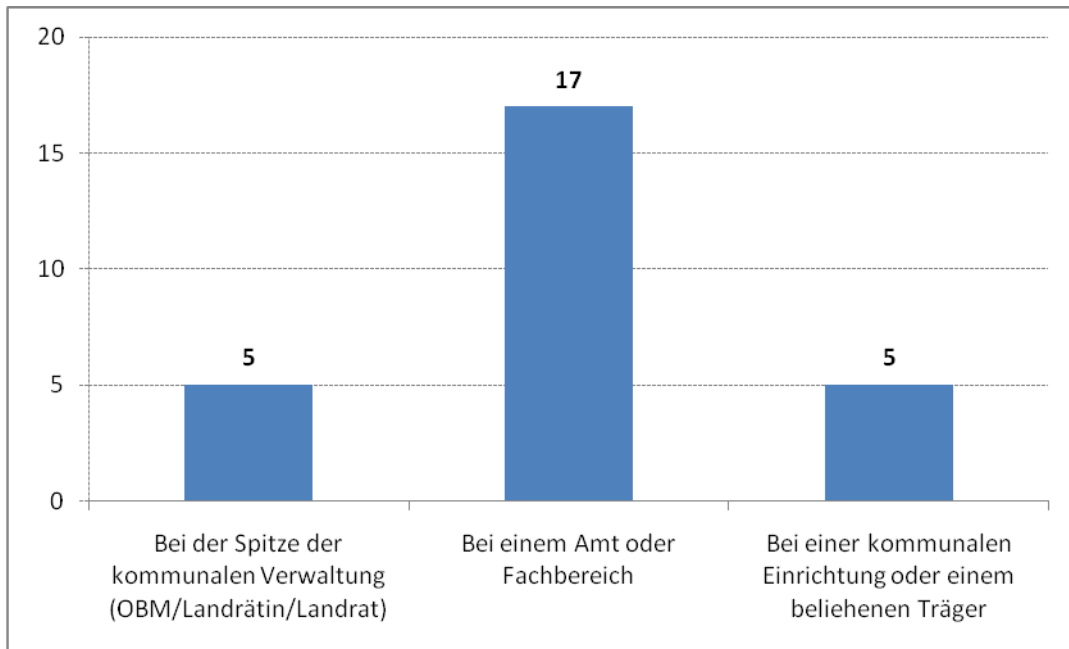
Die zwei in der *Förderinitiative* vertretenen Stadtstaaten standen vor der Anforderung, das Übergangsmanagement auf der Landesebene und auf der „regionalen Ebene“ (Bezirke, Stadtteile) zu verbinden. Kennzeichnend für diese beiden Standorte sind eine große Vielfalt von Akteuren und ein außerordentlich hohes Maß an Komplexität der Strukturen des Übergangssystems.

Unter den drei übrigen Standorten waren ein „Regionalverband“ und zwei Verbindungen von kreisfreier Stadt und umgebendem Landkreis. Dieser räumliche Zuschnitt bot einerseits einen guten Rahmen, die Kreis- und Gemeindegrenzen überschreitenden Koordinations- und Kooperationsaufgaben zu bearbeiten. Andererseits erwies sich das Fehlen von die Gesamtregion umfassenden politischen und/oder Verwaltungsstrukturen als Hindernis.

Umgesetzt wird das regionale Übergangsmanagement durch Arbeitsstäbe, für die eine Kombination von politischen, sozialwissenschaftlichen und Verwaltungsqualifikationen bzw. -erfahrungen angestrebt war. Den Kombinationsmöglichkeiten waren durch die Größe der Teams Grenzen gesetzt. Befristungen der Arbeitsverträge der Mitarbeiter/innen der Arbeitsstäbe erschwerten die Personalrekrutierung und sorgte an einigen Standorten für eine hohe Personalfuktuation. An circa einem Viertel der Standorte unterstützen die Kommunen die Arbeit der Arbeitsstäbe mit eigenen Ressourcen. Wenn die Kommunen dafür eigenes Personal einsetzten, haben sie den betreffenden Personen in der Regel auch die Leitung des Arbeitsstabes übertragen.

Die Arbeitsstäbe sind entweder der Leitung der kommunalen Verwaltung oder als Stabstellen oder Arbeitsgruppen der Leitung von Dezernaten oder Ämtern zugeordnet. Die Anbindung an der Spitze der Verwaltung (Oberbürgermeister/in, Landrat/Landrätin) signalisierte, dass dem Thema Übergangsmanagement eine hohe kommunalpolitische Bedeutung zugewiesen wird („Übergangsmanagement als Chefsache“). Die Anbindung an der Verwaltungsspitze wurde auch genutzt, um bei diesem Thema bestehende Konkurrenzen zwischen kommunalen Dezernaten oder Ämtern zu überwinden.

Ansiedlung der Arbeitsstäbe des regionalen Übergangsmanagements (in absoluten Zahlen)



Für eine Anbindung der Arbeitsstäbe an Dezernate oder Ämter wurden unterschiedliche Ressorts gewählt: Sozialdezernate bzw. Dezernate für Schule, Kinder und Jugendliche, Ämter für Arbeits-, Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung, Jugendämter oder Bildungsbüros. Mit dem Ort der Anbindung gingen auch Schwerpunktsetzungen einher: Zum Beispiel bei Jugendämtern mit einer Konzentration auf die Zielgruppe sozial benachteiligter Jugendlicher, bei der Wirtschaftsförderung mit dem Fokus auf die Versorgung der Betriebe mit Fachkräftenachwuchs, bei Bildungsbüros auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Eine weitere in der *Förderinitiative* praktizierte Variante der Anbindung der Arbeitsstäbe stellte deren Ansiedlung bei einem kommunalen oder „beliehenen“ Träger dar. Diese Träger verfügten in der Regel über gut qualifizierte Fachkräfte, vielfältige Kontakte und Kooperationsbeziehungen und gute Arbeitsstrukturen für die Aufgaben des Übergangsmanagements. Soweit diese Einrichtungen oder Träger selbst auch Anbieter von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen waren, gab es bei anderen Akteuren Zweifel an der für die Wahrnehmung von Koordinationsfunktionen erforderlichen Neutralität.

Angesichts der Vielfalt von Akteuren, die an der Ausgestaltung des Übergangssystems beteiligt sind, braucht regionales Übergangsmanagement einen Ort, an dem sich diese Akteure austauschen und abstimmen können. Dafür wurden Koordinationsgremien eingerichtet, in denen als zentrale Akteure des Übergangssystems in der Regel vertreten waren: Schulaufsicht und/oder kommunales Schulreferat, Jugendamt, Arbeitsagentur, Träger der Grundsicherung, Kammern, Integrationsbeauftragte. Die tatsächliche Zusammensetzung der Gremien war abhängig von den Handlungsfeldern, in denen schwerpunktmäßig Koordination und Kooperation verbessert werden sollten. Ein durchgängiges Prinzip für die Besetzung der Koordinationsgremien war, dass die Akteure des Übergangssystems durch Personen mit Leitungsverantwortung vertreten sein sollten.

Eine zweite Gremienvariante waren Beiräte, die die Arbeit der Arbeitsstäbe beratend unterstützten. In diesen Beiräten war eher die Fachebene der Akteure des Übergangssystems vertreten. Ihre Aufgabe war es, die fachliche Qualität der Arbeit der Arbeitsstäbe zu sichern.

Die Bildung von Koordinationsgremien und Beiräten für das regionale Übergangsmanagement war mit einer Reihe von Schwierigkeiten verbunden:

- An allen Standorten gab es bereits (häufig sogar mehrere) Gremien, die Koordinations- und Kooperationsaufgaben im Übergangssystem erfüllten (kommunale Gremien, Programmbeiräte, Arbeitsgemeinschaften usw.).
- Personen mit Leitungsverantwortung arbeiteten bereits in vielen (aus ihrer Sicht zu vielen) Gremien. Ein wichtiges Argument war, dass durch das Koordinationsgremium Regionales Übergangsmanagement die Gremienarbeit insgesamt effektiver würde und sich der Aufwand für Gremienarbeit verringern würde.
- Einige Akteure standen einer Mitarbeit in Koordinationsgremien z. T. deswegen ablehnend gegenüber, weil sie Koordination als ihre eigene, originäre Aufgabe ansahen (so z. B. die Kammern und die Arbeitsagenturen). Sie mussten von dem zu erzielenden Mehrwert durch die Zusammenarbeit eines breiteren Spektrums von Akteuren überzeugt werden.

Für die Arbeitsfähigkeit der Gremien und die Motivation ihrer Mitglieder war eine effektive Zuarbeit durch die Arbeitsstäbe ein entscheidender Faktor. Ein zweiter Faktor war der Ort der Anbindung der Gremien. Nur durch die Anbindung bei einer Stelle mit administrativ/politischem Gewicht hatten Absprachen des Gremiums auch Konsequenzen und schufen damit Grundlagen für seine weitere Arbeit. Ein dritter Faktor waren durch das regionale Übergangsmanagement erzielte Fortschritte. Nur durch Ergebnisse konnte die erforderliche hohe Motivation der Akteure aufrechterhalten werden.

Regionales Übergangsmanagement ist ein komplexer sozialer und politischer Prozess, der auf politische Unterstützung angewiesen ist. Die Diskussion, ob regionales Übergangsmanagement überhaupt eine kommunale (Pflicht-)Aufgabe ist, wird an vielen Standorten geführt. Vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage von Städten und Landkreisen steht ein Engagement der Kommunen für Übergangsmanagement an vielen Standorten auf dem Prüfstand. Einen parteiübergreifenden Konsens für regionales Übergangsmanagement herzustellen und die Parlamente für dieses Thema zu gewinnen, war und bleibt eine Daueraufgabe der Vorhaben.

Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen und zur Angebotsstruktur

Ein Hindernis für strukturelle Interventionen zur Verbesserung der Übergänge ist das Fehlen präziser regionaler Diagnosen, die erfolgreiche Wege aber auch Umwege und Sackgassen identifizierbar machen.

Als Verfahren zur Schaffung von Datengrundlagen zum Übergangsgeschehen wurden in der *Förderinitiative* einerseits Schülerbefragungen durchgeführt, andererseits prozessgenerierte Daten (aus Anmelde- und Dokumentationssystemen) genutzt. Zentrale Entwicklungen in der *Förderinitiative* waren dabei:

- Bei der Durchführung von Schülerbefragungen wurde auf erprobte Verfahren und Instrumente zurückgegriffen. Dies hat eine schnelle Durchführung und die Erhebung belastbarer Daten ermöglicht.
- Die Durchführung von Schülerbefragungen erforderte sozialwissenschaftliche und methodische Expertise. Darum haben fast alle Standorte, die eigene Erhebungen durchgeführt haben, dafür Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen ihrer Region begonnen.
- Insbesondere wenn durch Schülerbefragungen Verlaufsdaten zu Übergängen gewonnen werden sollten, waren diese Erhebungen methodisch sehr aufwändig. Hier war es wichtig, dass mit der Durchführung von Längsschnittstudien erfahrene Forschungseinrichtungen herangezogen wurden.
- Für die Entwicklung von IT-gestützten Anmeldesystemen stand das in Ostwestfalen-Lippe entwickelte System *SchülerOnline* Pate. Für dessen Einsatz ist eine gute IT-Infrastruktur und eine hohe Kooperationsbereitschaft der Schulen Voraussetzung.

Für die Dokumentation von Übergängen, die durch Lotsen begleitet werden, wurde insbesondere auf eine für das *Hamburger Hauptschulmodell* entwickelte Software zurückgegriffen. Mit Übertragung des Hamburger Ansatzes auf weitere Standorte der Förderinitiative ging ein breiterer Einsatz dieses Dokumentationsverfahrens einher.

Einen Überblick über Verfahren zur Erhebung von Daten zum Übergangsgeschehen gibt die folgende Broschüre, die kostenlos mit dem beigefügten Bestellzettel angefordert werden kann:

Ralf Kuhnke/Birgit Reißig (Hrsg.):

**Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung:
Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen.**

Regionales Übergangsmanagement 1. München/Halle: DJI, 2010, 50 S.

Nach den Diagnosen der Arbeitsstäbe herrschte an den meisten Standorten der *Förderinitiative* kein Mangel an Angeboten und Maßnahmen. Was fehlte war Transparenz über die Art, Funktion und Qualität von Angeboten und die Abstimmung zwischen den Angeboten. Um Transparenz herzustellen, wurden Bestandsaufnahmen über Akteure, Institutionen, Angebote und Maßnahmen erarbeitet.

Durch die Bestandsaufnahmen wurde einerseits ein Überblick über das lokale Spektrum von Akteuren, Institutionen, Angeboten und Maßnahmen gewonnen, andererseits wurde eine Initiierung oder Intensivierung von Kooperationsbezügen erreicht. Dies war wichtig, weil die Bestandsaufnahmen, über die Bereitstellung von Überblicksinformationen hinaus, eine Grundlage für eine Debatte und Schritte zur Verbesserung der Qualität von Angeboten bildeten.

Einsichten und Erfahrungen aus der Durchführung von Bestandsaufnahmen und aus darauf aufbauenden Initiativen zur Entwicklung von Qualitätsstandards oder zur Evaluation von Maßnahmen und Angeboten sind:

- Eine Anforderung bei der Erstellung von Bestandsaufnahmen war die Sicherstellung der Qualität und Aktualität der in ihnen enthaltenen Informationen. Hier mussten die Vorhaben entscheiden, welche Informationen die Anbieter selbst zuliefern können und wo ein neutraler, externer Blick benötigt wird.
- Die Bestandsaufnahmen bildeten eine Grundlage für die Entwicklung von Qualitätsstandards. Durch die Kurzfristigkeit von Projekten und Programmen riskieren Qualitätsstandards allerdings schnell zu veralten.
- Die Entwicklung von Qualitätsstandards war wiederholt durch Zuständigkeitsfragen in Frage gestellt (Wer ist befugt, unterschiedlichen Akteuren in einem Handlungsfeld durch Qualitätsstandards Vorgaben zu machen?).

Um Kontroversen über Zuständigkeiten aus dem Weg zu gehen, wurden Standards in Verfahren eines fachlichen Diskurses von Fachkräften aus unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen entwickelt. Aufgabe der Koordinationsgremien war es, in einem zweiten Schritt solchen Standards, über Zuständigkeiten hinweg, Geltung zu verschaffen.

- Auch die Evaluation von Angeboten und Maßnahmen wurde durch Zuständigkeitsfragen erschwert (Wer ist befugt, mein Angebot zu evaluieren?). Evaluationen beschränkten sich darum meist auf einzelne Programme oder Projekte.
- Erschwert wurden Evaluationen auch durch die Skepsis der betroffenen Fachpraxis (Wird meine Arbeit nach den richtigen Kriterien bewertet?) und durch Zweifel an der Neutralität der Evaluatoren. Die Fachpraxis wurde darum an der Festlegung von Evaluationskriterien und -verfahren intensiv beteiligt. Für die Durchführung von Evaluationen wurden neutrale und fachlich ausgewiesene Expertinnen und Experten gewonnen.

Initiativen zur Verbesserung der Angebotsstruktur des Übergangssystems

Überwiegend richteten Standorte der *Förderinitiative* ihre Initiativen zur Verbesserung der Angebotsstruktur des Übergangssystems auf die Sekundarstufe I, weil hier die Weichen für den weiteren Weg in Ausbildung und Erwerbsarbeit gestellt werden.

Bei allen Unterschieden in den regionalen Rahmenbedingungen und dem Vorgehen der Arbeitsstäbe, lässt sich für die Strategien der Vorhaben in diesem Feld eine Reihe von Gemeinsamkeiten identifizieren:

- Ein erstes Kennzeichen des von den Standorten der *Förderinitiative* gewählten Vorgehens war, dass Prozesse der Entwicklung konsistenter Förderkonzepte für die Sekundarstufe I

in einem ersten Schritt in einer kleineren Zahl von ausgewählten Kooperations- oder Modellschulen erprobt wurden, bevor ein Transfer auf weitere Schulen in Angriff genommen wurde.

- Ein zweites Kennzeichen der Initiativen der Arbeitsstäbe war, dass die Entwicklung konsistenter Förderkonzepte als gemeinsames Lernen von Schulleitung, Kollegium, Eltern und sonstigen Kooperationspartnern organisiert wurde.
- Ein drittes Kennzeichen war, dass der Entwicklung konsistenter Förderkonzepte ein Konzept von Förderbausteinen oder -elementen zugrunde gelegt wurde, die in den Schulen systematisch verknüpft sein müssen, damit eine Vorbereitung auf Abschlüsse und Anschlüsse gelingen kann.
- Ein viertes Kennzeichen dieser Initiativen war, dass bei der Entwicklung konsistenter Förderkonzepte eine systematische Kooperation mit Betrieben praktiziert wurde. Dabei reichte das Spektrum der Aktivitäten von der Organisation eines flächendeckenden Einsatzes von Betriebspraktika für Schüler/innen der Sekundarstufe I bis hin zur Stiftung von auf Dauer angelegten Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Betrieben.

Die aktuelle Konjunktur von Programmen und Projekten zur Berufsorientierung konfrontierte die Vorhaben mit der Anforderung, das Feld der Angebote immer wieder neu zu sortieren. Dies erschwerte einerseits die Entwicklung einer konsistenten Angebotstruktur. Wo Vorhaben andererseits eine Konzeption für die Gestaltung des Übergangssystems an der „ersten Schwelle“ entwickelt haben, gelang es Ihnen auch, die Flut von Programmen und Projekten für den Aufbau konsistenter Strukturen zu nutzen. Hier trug regionales Übergangsmanagement dazu bei, dass Programme und Projekte überhaupt Wirkungen in der gewünschten Richtung erzielten.

Kennzeichnend für die beruflichen Schulen an den Standorten der *Förderinitiative* war ein Missverhältnis zwischen ihrer Bedeutung im Übergangssystem, ihrem Beitrag zur Gestaltung der Bildungs- und Ausbildungswege Jugendlicher und dem geringen Grad ihrer Beteiligung am regionalen Übergangsmanagement.

Ihr potenzieller Beitrag zu einem wirksamen regionalen Übergangsmanagement findet bisher zu wenig öffentliche Beachtung (etwa im Vergleich zur Diskussion um die Hauptschulen).

Die beruflichen Schulen als wichtige Gestalter von Übergangsverläufen sind insbesondere an den Standorten der *Förderinitiative* in Nordrhein-Westfalen und in den ostdeutschen Ländern in den Fokus des regionalen Übergangsmanagements gekommen. In Nordrhein-Westfalen wurden im Rahmen der *Förderinitiative* Untersuchungen begonnen und zum Teil abgeschlossen mit dem Ziel, die Wege Jugendlicher durch das System beruflicher Schulen und die Beiträge der beruflichen Schulen zum Gelingen dieser Wege aufzuklären. In Ostdeutschland wurden berufliche Schulen z.T. erstmals systematisch in Kooperationsbezüge und Abstimmungen einbezogen.

Regionales Übergangsmanagement als Umsetzungsexpertise in der Region?

Eine Reihe von Bundesländern haben in den letzten Jahren Programme und Initiativen gestartet, die darauf angelegt sind, das Wissen regionaler bzw. kommunaler Akteure zu nutzen, um die Qualität von Bildung und der Vorbereitung auf und die Gestaltung von Übergängen zu verbessern. Dem liegt auf der Landesebene die Einsicht zu Grunde, dass angesichts der Vielfalt der regionalen Ausprägungen des Bildungs- und „Übergangssystems“ regional angepasste Umsetzungsstrategien benötigt werden, wenn für das Land insgesamt gemeinsame Ziele erreicht werden sollen.

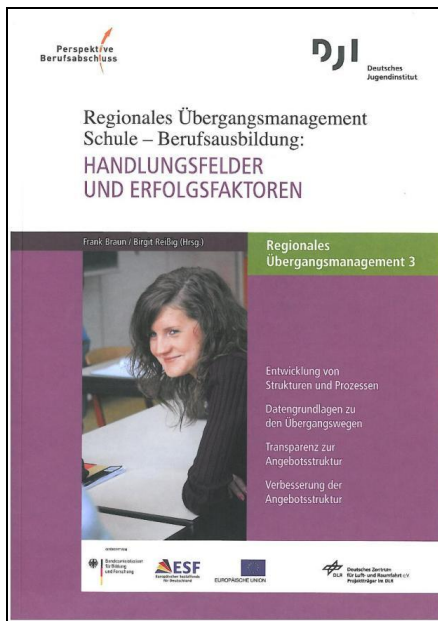
Die 27 Vorhaben der *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* sind dieser – auf der Landesebene keineswegs immer erkannten und explizit ausgesprochenen – Bedarfslage dadurch gerecht geworden, dass sie Datengrundlagen zum regionalen Übergangsgeschehen geschaffen und Transparenz über die regionalen Strukturen und Angebote des Übergangssystems hergestellt haben.

Heißt das, dass Landes- und kommunale Ebene jeweils die Rolle der anderen Seite wertschätzen und gemeinsam das Übergangssystem zum Wohle der Jugendlichen verbessern?

Die wissenschaftliche Begleitung der Förderinitiative hat zwei Hindernisse identifiziert, die dafür aus dem Weg zu räumen sind:

Ein erstes Hindernis ist die Kurzfristigkeit, mit der Programme zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung in der Regel konzipiert und implementiert werden. Dadurch war es z. B. bisher bei der Implementation von Landes- und Bundesprogrammen die Regel, dass Schulen, in denen diese Programme umgesetzt werden sollten, schon aus Zeitgründen auf Landesebene identifiziert wurden, obwohl in den Kommunen (den Arbeitsstäben des regionalen Übergangsmanagements oder Bildungsbüros) der konkrete Bedarf der einzelnen Schulen viel genauer bekannt war. Das führte nicht selten zur Doppelung von Angeboten in einer Schule und zu Unterversorgung in einer anderen. Allerdings hat die *Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement* auch gezeigt, dass regionale Arbeitsstäbe und Bildungsbüros zunehmend in Entscheidungen einbezogen werden.

Ein zweites Hindernis liegt darin, dass ein dauerhaftes Engagement der Kommunen für regionales Übergangsmanagement eine Entscheidung über ein entsprechend dauerhaftes finanzielles Engagement voraussetzt. Eine solche Entscheidung zu treffen, fällt vielen Kommunen angesichts ihrer kritischen Finanzlage schwer. Hinzu kommt, dass Kommunen und ihre Verbände befürchten von den Ländern neue Aufgaben übertragen zu bekommen, ohne mit den dafür notwendigen Ressourcen ausgestattet zu werden. Diese Skepsis wird in der Förderinitiative auch von Kommunen geteilt, die sich seit Längerem, in einem erheblichen Umfang und mit einem hohen Einsatz kommunaler Mittel bildungspolitisch engagieren. Dieser Konflikt muss ausgeräumt werden.



Frank Braun/Birgit Reißig (Hrsg.):
**Regionales Übergangsmanagement
 Schule – Berufsausbildung:
 Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren.**
 Regionales Übergangsmanagement 3.
 München/Halle: DJI 2011, 83 S.

Um dem Problem der Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen zu begegnen, hat das BMBF 2008 im Programm *Perspektive Berufsabschluss* die Förderinitiative *Regionales Übergangsmanagement* gestartet. Durch regionales Übergangsmanagement soll das Handeln der Akteure des Übergangssystems so abgestimmt werden, dass die Übergänge Jugendlicher in Ausbildung gelingen und Ausbildungslosigkeit verhindert wird.

Die Förderinitiative wird vom DJI wissenschaftlich begleitet. Die Broschüre enthält eine Zwischenbilanz der Förderinitiative nach zwei Jahren Laufzeit.

Die empirische Basis für diese Zwischenbilanz bilden vom DJI jährlich an 27 Standorten der *Förderinitiative* durchgeführte Fallstudien. Diese Fallstudien basieren auf Interviews, die mit den Leiterinnen und Leitern der Vorhaben und anderen Akteuren im Übergangssystem der Standorte geführt wurden. Die Fallstudien richten einen umfassenden Blick auf die Entwicklung des Übergangsmanagements in den Regionen und erfassen auch Entwicklungen, die außerhalb des regionalen Übergangsmanagements ablaufen, dieses befördern aber gegebenenfalls auch behindern.

Der Bericht behandelt auf dieser Basis die Strategien und Erfahrungen der 27 Vorhaben in den folgenden Handlungsfeldern:

- dem Aufbau von Strukturen und Prozessen des regionalen Übergangsmanagements,
- der Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen und zur Angebotsstruktur des regionalen Übergangssystems,
- Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur des regionalen Übergangssystems.

In einem abschließenden Kapitel werden typische Entwicklungsverläufe von Vorhaben in fünf Fallstudien dargestellt.

Die Broschüre kann kostenlos beim DJI in Halle angefordert werden:
 Deutsches Jugendinstitut Außenstelle Halle
 z. Hd. A. März
 Franckeplatz 1, Haus 12/13
 06110 Halle
 oder: maerz@dji.de; Fax: 0345/68178 47

Bestellzettel

Alle Veröffentlichungen können kostenlos beim DJI in Halle angefordert werden:

Übergangsmanagement

- Hofmann-Lun, Irene: Förderschüler/innen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben. Beruflich-soziale Integration durch gesonderte Förderung? München/Halle: DJI 2011, 151 S.
- Reißig, Birgit/Schreiber, Elke (Hrsg.): Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule-Berufsausbildung. Arbeitshilfen für regionales Übergangsmanagement. Regionales Übergangsmanagement Bd.4, Deutsches Jugendinstitut München/Halle, 2011, 54 S.
- Braun, Frank/Reißig, Birgit (Hrsg.): Regionales Übergangsmanagement Schule-Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren. Regionales Übergangsmanagement Bd.3, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2011, 81 S.
- Gaupp, Nora/Lex, Tilly/Reißig, Birgit: Hauptschüler/innen an der Schwelle zur Berufsausbildung: Schulische Situation und schulische Förderung. Regionales Übergangsmanagement Bd.2, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2010, 31 S.
- Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.): Regionales Übergangsmanagement Schule-Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. Regionales Übergangsmanagement Bd.1, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2010, 51 S.
- Lippegaus-Grünau, Petra/Mahl, Franciska/ Stolz, Iris: Berufsorientierung - Programme und Projekte von Bund und Ländern, von Kommunen und Stiftungen im Überblick. Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2010, 130 S.
- Gaupp, Nora/Lex, Tilly/Reißig, Birgit/Braun, Frank: Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit. Ergebnisse des DJI - Übergangspanels. Berlin: BMBF 2008, 48 S.
- Hofmann-Lun, Irene: ARBEITEN UND LERNEN in Schülerfirmen, Jugendhilfebetrieben und Produktionsschulen. München/Halle: DJI 2007, 47 S.

Migration und Integration

- Kuhnke, Ralf/Müller, Matthias: Lebenslagen und Wege von Migrantenjugendlichen im Übergang Schule - Beruf: Ergebnisse aus dem DJI Übergangspanel, Wissenschaftliche Texte 3/2009, 89 S.
- Skrobaneck, Jan: Perceived discrimination and (re)ethnicisation of young immigrants in school-to-work transition in Germany. Wissenschaftliche Texte 2/2009, 66 S.
- Skrobaneck, Jan: Migrationsspezifische Disparitäten im Übergang von der Schule in den Beruf. Wissenschaftliche Texte 1/2009, 42 S.
- Kuhnke, Ralf/Schreiber, Elke: Zwischen Integration und Ausgrenzungsrisiken. Aussiedlerjugendliche im Übergang Schule-Beruf. Halle: DJI 2008, 100 S.
- Bednarz-Braun, Iris/ Bischoff, Ursula: Interkulturalität unter Auszubildenden im Betrieb. Eine Handreichung für die betriebliche Praxis. München/Halle: DJI 2006, 64 S.

Schulmüdigkeit und Schulverweigerung

- Schreiber, Elke (Hrsg.): Chancen für Schulumüde. Reader zur Abschlussstagung des Netzwerks Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung am Deutschen Jugendinstitut e.V. München/Halle: DJI 2006, 206 S.
- Fischer, Sonja: Schulmüdigkeit und Schulverweigerung. Eine annotierte Bibliografie für die Praxis. München/Halle: DJI, Dokumentation. Zweite aktualisierte Auflage 2005, 105 S.
- Schreiber, Elke: Nicht beschulbar? Gute Beispiele in den Wiedereinstieg in systematisches Lernen. München/Halle: DJI Dokumentation 5/2005, 210 S.

Innovative Ansätze der Jugendsozialarbeit

- Datenbank PRAXIMO – Modul "Gender Mainstreaming". CD mit 39 innovativen Praxismodellen. München/Halle: DJI 2004
- Fördern und fordern: Jugendliche in Modellprojekten der Jugendsozialarbeit. München/Leipzig: DJI 2001, 121 S.
- Datenbanke PRAXIMO- Praxismodelle "Jugend in Arbeit". Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen. CD-Update, München/Leipzig: DJI 2001

Jugendliche an sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen

- Gericke, Thomas/März, Anke: Jugendliche engagieren sich für ihre Region. Ergebnisse und Wirkungen der Bundesinitiative "wir ... hier und jetzt". München/Halle: DJI, 2005, 52 S.
- Marquardt, Editha: Evaluation von Qualifizierungsprojekten – Eine Untersuchung am Beispiel von Qualifizierungsbüros des FSTJ. Forschungsbericht. München/Halle: DJI, Arbeitspapier 2/2004, 60 S.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Außenstelle Halle
z.Hd. A. März
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle/Saale

Neuerscheinung Mai 2011 aus dem Forschungsschwerpunkt "Übergänge im Jugendalter"

(Die Broschüre kann kostenlos bei der DJI-Außenstelle Halle - Anschrift siehe oben - oder per E-Mail bei maerz@dji.de angefordert werden.)

Frank Braun/Birgit Reißig/ (Hrsg.):

Regionales Übergangsmanagement Schule - Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren.

Regionales Übergangsmanagement 3. München/Halle: DJI 2011, 83 S.

Um dem Problem der Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen zu begegnen, hat das BMBF 2008 im Programm Perspektive Berufsabschluss die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement gestartet. Durch regionales Übergangsmanagement soll das Handeln der Akteure des Übergangssystems so abgestimmt werden, dass die Übergänge Jugendlicher in Ausbildung gelingen und Ausbildungslosigkeit verhindert wird.

Die Förderinitiative wird vom DJI wissenschaftlich begleitet. Die Broschüre enthält eine Zwischenbilanz der Förderinitiative nach zwei Jahren Laufzeit.

Die empirische Basis für diese Zwischenbilanz bilden vom DJI jährlich an 27 Standorten der Förderinitiative durchgeführte Fallstudien. Diese Fallstudien basieren auf Interviews, die mit den Leiterinnen und Leitern der Vorhaben und anderen Akteuren im Übergangssystem der Standorte geführt wurden. Die Fallstudien richten einen umfassenden Blick auf die Entwicklung des Übergangsmanagements in den Regionen und erfassen auch Entwicklungen, die außerhalb des regionalen Übergangsmanagements ablaufen, dieses befördern aber gegebenenfalls auch behindern.

Der Bericht behandelt auf dieser Basis die Strategien und Erfahrungen der 27 Vorhaben in den folgenden Handlungsfeldern:

- dem Aufbau von Strukturen und Prozessen des regionalen Übergangsmanagements,
- der Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen und zur Angebotsstruktur des regionalen Übergangssystems,
- Interventionen zur Verbesserung der Angebotsstruktur des regionalen Übergangssystems.

In einem abschließenden Kapitel werden typische Entwicklungsverläufe von Vorhaben in fünf Fallstudien dargestellt.

Ich bitte um Zusendung der angekreuzten Publikationen aus dem DJI-Verlag an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Institution: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon, Fax: _____

E-Mail: _____

.....
Datum

.....
Unterschrift